

1. März 2023

Postulat

von Samuel Balsiger (SVP)
und Stephan Iten (SVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie zur Bekämpfung des militanten Linksextremismus die Vernetzung zwischen den verschiedenen Behörden und das Informationsmanagement stark verbessert werden können.

Begründung:

Spätestens die Gewaltorgie nach der Räumung des Koch-Areals zeigt die Überforderung des Stadtrates bei der Bekämpfung des militanten Linksextremismus. Der Schlussbericht zum «Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus» (NAP) zeigt hierbei ein staatliches Grundproblem auf:

«Ein zentrales Defizit betrifft den heutigen Stand in der Vernetzung zwischen den verschiedenen Behörden und das Informationsmanagement. (...) Die relevanten Akteure aus den verschiedenen Gemeinden, Kantonen sowie dem Bund sollten sich vermehrt über ihre jeweilige Arbeit austauschen und Erkenntnisse teilen.»

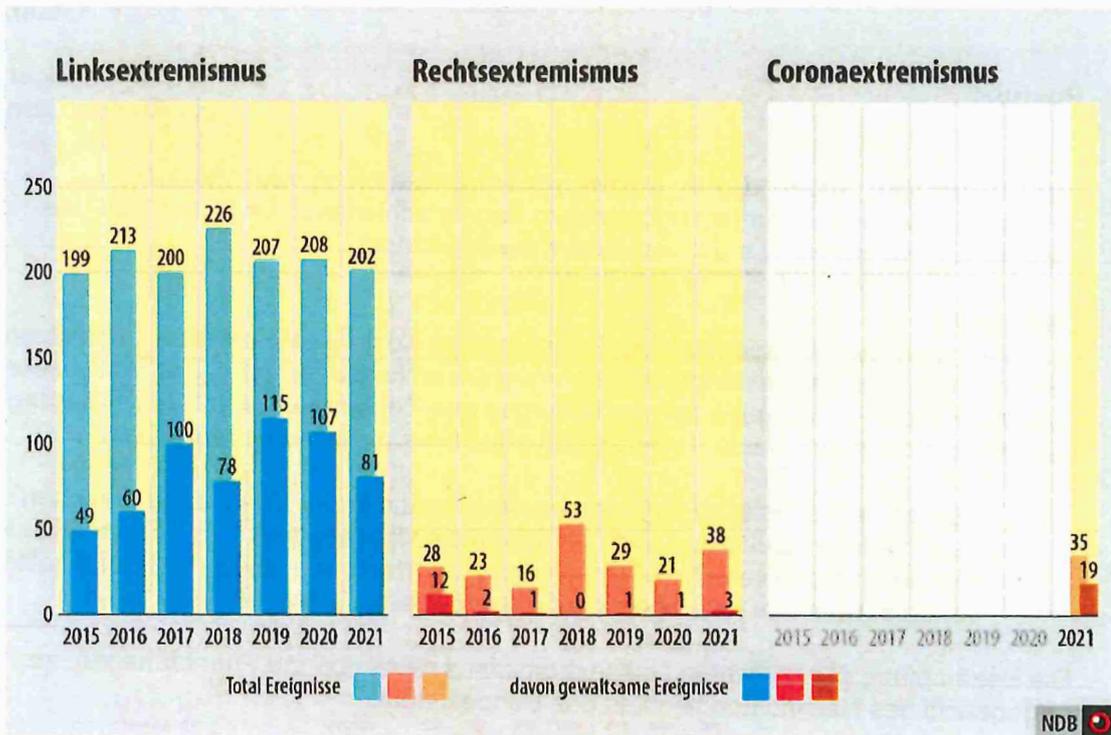
Die Bekämpfung des militanten Linksextremismus muss oberste Priorität haben. Im Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes steht:

«So veranstaltet die Szene der gewalttätigen Linksextremistinnen und -extremisten Demonstrationen, verübt Sachbeschädigungen (zum Beispiel Farbanschläge oder das Einschlagen von Scheiben) und Brandstiftung. Sie setzt auch unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen und körperliche Gewalt ein.» Wie brandgefährlich der militante Linksextremismus ist, zeigt dieses Video:



QR-Code mit der Kamera
des Mobiltelefons einlesen
und den Videolink öffnen.

Die SVP fordert mit dem Postulat GR 2023/44, dass der Stadtrat eine Strategie gegen den nachweislich gut vernetzten und äusserst aktiven Linksextremismus entwickelt.



Samuel Balazs

SN